



vom Haus im Grünen

ZUR PERSON

Josef Mathis (61) war 33 Jahre lang – bis Juni 2013 – ÖVP-Bürgermeister der Vorarlberger Gemeinde Zwischenwasser. Er kandidierte aus Altersgründen nicht mehr. Gestern gab er in Klagenfurt vor 150 Interessierten/Bürgermeistern Erfahrungen weiter.

Kärntner Gemeinden werden sich das kaum leisten können. Wäre eine Widmungsabgabe hilfreich, durch die Gemeinden Geld kriegen, wenn Grundstücke von Grün in Bauland umgewidmet werden?

MATHIS: So eine Mehrwertabgabe, wie es sie mit 20 Prozent in der Schweiz gibt, wäre sehr gut. Bei uns ist es nämlich so, dass die Wertsteigerung von Grund und Boden privat ist, die Mehrkosten für Infrastruktur werden aber auf die Allgemeinheit übertragen. Das ist nicht gerecht. Da müsste man bei den Bundesgesetzen den Hebel ansetzen, denn die Landesgesetze richten sich dann danach. *Widmungspläne der Gemein-*

den sind teils Jahrzehnte alt. Überarbeiten lautet Ihr Tipp?

MATHIS: Unbedingt. Aber nur mit Beteiligung der Bevölkerung. So kann ein Leitbild entstehen.

Kärntner Bürgermeister, die Ihren Vortrag gehört haben, sehen manches skeptisch: Wenn es Rückwidmungen geben soll, können Erben auf dem Gratis-Grundstück nicht bauen und würden deshalb abwandern, Landgemeinden würden so weiter ausgehöhlt.

MATHIS: Als Basis braucht es eine politische Absichtserklärung, ob der ländliche Raum weiterentwickelt werden soll. Die Schweiz hat fünf Zonen zur unterschiedlichen Entwicklung geschaffen. In

den Brachen wird nichts mehr gemacht. Landbürgermeistern empfehle ich, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, wenn sie Änderung wollen und gegenüber dem Land aufzutreten.

Bürgermeister argumentieren: Bauernhöfe stehen oft seit Jahrhunderten fern der Zentren, sind mit Straße, Schneeräumung, Wasser und Telefon versorgt. Es bringe keine Mehrkosten für die Gemeinden, wenn rundherum noch ein paar Häuser neu gebaut würden.

MATHIS: Per Gesetz sind Einzelwidmungen möglich. In Zersiedlung ausufernd darf das aber nicht. *Ortszentren verdichten und bestehende Bausubstanz nützen, das ist ein neuer Zukunftsansatz auch für Kärnten. Wie kann jemand, der eigentlich ein Haus im Grünen bauen will, überzeugt werden, ins Zentrum zu siedeln?*

MATHIS: Indem Gebiete in Randzonen nicht mehr neu als Bauland ausgewiesen werden.

VERANSTALTUNGEN

In Kärnten den Raum neu ordnen

Gemeinden sollen bei Neuerungen mitreden.

KLAGENFURT. 150 Interessierte, darunter 30 Bürgermeister, waren gestern bei der ersten Info- und Diskussionsveranstaltung des Landes „Wohin das Kärnten von morgen bauen“ dabei. „Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit in Zukunft nicht wiederholen“, wies Wohnbaureferentin Gaby Schaunig auf das Problem der teuren Zersiedelung hin. Kärnten hat 30 Prozent in Bauland gewidmete Flächen, die nicht gebraucht werden. Jetzt werden die Gesetze für Raumordnung, Bauordnung, Wohnbauförderung und Gemeindeplanung novelliert, das soll unter Einbeziehung der Bürgermeister passieren. Das Ziel: Zersiedelung stoppen, bestehende Ortszentren stärken. „Es wird ein Prozess der Bürgernähe, die Gesetze gibt es zum Schluss“, skizzierte Raumordnungsreferent Rolf Holub. Nächste Veranstaltung: Widmungspolitik: 19. Feber, 10 Uhr St. Weiter Ring 10, Klagenfurt.

Und der Bürgermeister hat den Druck der Bauwerber: Wenn ich das Grundstück nicht als Bauland kriege, geh ich von hier weg.

MATHIS: In Vorarlberg haben wir das Glück, dass der Altbaubereich viel höher gefördert wird als Neubauten. Das hat viele motiviert, ihre alten Häuser zu sanieren und dort zu wohnen.

Sie appellieren, Gemeinden müssen sich öffentliche Flächen für die Zukunft sichern. Wie soll das eine kleine, finanzschwache Gemeinde schaffen?

MATHIS: Über spezielle Bedarfszuweisungen für solche Projekte.

Wie kann man als Bürgermeister, der 33 Jahre im Amt war, mit einem Konzept, das großflächig Rückwidmungen beinhaltet, mehrfach Wahlen gewinnen?

MATHIS: Man kann den Leuten viel zumuten, wenn sie merken, es ist ehrlich gemeint. Und sie müssen mit einbezogen werden.

INTERVIEW: ANDREA BERGMANN